

Autogipfel in Berlin - Protest in Kassel. Keine Hilfgelder für Klimazerstörung!

Kassel, den 05.05.2020. Heute empfängt die Bundesregierung Vertreter*innen der Autoindustrie zu einem weiteren digitalen Autogipfel. Die Branche fordert dabei Kaufprämien, die Klimaschutz und eine grundlegende Wende in der Verkehrspolitik behindern. Mit einer Fahrraddemo und gebotem Mindestabstand fordern Kasseler Bürger*innen deswegen staatliche Hilfen an einen sozial-ökologischen Umbau zu knüpfen.

Um 14:00 startet am Kassler Rathaus eine Fahrraddemo unter dem Motto „Verkehrswende statt Abfuckprämie!“. Das Ordnungsamt hat am Tag des „Autogipfels“ in Berlin eine Versammlung mit 30 Teilnehmenden zugelassen, die mit Lastenrädern, Tall-Bikes und geschmückten Alltagsrädern erwartet werden.

Um die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie abzdämpfen, nimmt die Bundesregierung Milliardensummen in die Hand. Wohin das Geld fließt, wird maßgeblich bestimmen, in welche Richtung sich die Gesellschaft in den nächsten Jahren bewegt. Weiter in Richtung Klimakrise und verstärkter sozialer Ungleichheit? Oder gelingt der sozial-ökologische Umbau?

Die Verteilung der Fördergelder ist hart umkämpft: Vertreter*innen der Autoindustrie trommeln seit Wochen für staatliche Anreize beim Kauf von Neuwagen, um die Branche wieder in Schwung zu bringen. Darüber wird heute beim Autogipfel mit der Bundesregierung verhandelt. Allerdings ohne Bundesumweltministerin Schulze und Vertreter*innen der Umweltschutzverbände, die nicht eingeladen wurden.

Das wird von Seiten der Demonstrant*innen scharf kritisiert. *„Es macht mich fassungslos, dass Autoindustrie und Politik im Jahr 2020 noch versuchen den Verkauf eines rückständigen Produkts künstlich anzukurbeln. So ruinieren wir das Klima und verpassen eine riesige Chance unsere Gesellschaft für alle lebenswerter zu machen.“* erläutert Juri Nadler von Klimagerechtigkeit Kassel (KligK). *„Um die Klimaziele von Paris zu erreichen, muss Anzahl an Autos auf unseren Straßen deutlich sinken - unabhängig von der Antriebsform. Wir stehen jetzt an einem Kipppunkt. Wenn die Bundesregierung einer Neuwagenprämie zustimmt, kann sie eigentlich auch gleich sagen, dass ihr Klimaschutz und unsere Zukunft völlig egal sind!“*

Die Demonstrant*innen fordern deswegen, dass die Gelder nicht in den Status Quo der Autoindustrie, sondern in eine nachhaltige Umgestaltung der Gesellschaft investiert werden. Im Bereich Mobilität bedeute das einen Rückbau der Autoindustrie bei sozialer Absicherung aller Beschäftigten. Der ÖPNV müsse ausgebaut und die Arbeitsbedingungen verbessert werden. Zeitlich begrenzte Fahrradwege schaffen während der Corona-Pandemie Bewegungsfreiheit und seien ein erster Schritt in Richtung einer dringend benötigten, dauerhaften und sicheren Fahrradinfrastruktur.

Pressekontakt: Marissa Reiserer | +49 176 97662759

Bilder in hochauflösender Qualität (freie Verwendung, CC-by Klimagerechtigkeit Kassel) ab 16:30:
<https://www.flickr.com/photos/160756601@N07/albums/72157714173288961>